

Die Gewerkschaft.

Organ für die
Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.
Publications-Organ
des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Er erscheint am 7. u. 22. jeden Monats. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnummer 15 Pfg.	Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Franz Voersch, Berlin W. 30, Gleditschstraße 49.	Inserate, die 2 gespaltene Petit- Zeile 30 Pf. Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf. Bei Wiederholung Ermäßigung.
Nr. 8.	Berlin, 22. April 1899.	3. Jahrg.

— Eidschwur am ersten Mai. *) —

Das ist ein stolzes Rauschen
Vom Flügelschlag der Zeit,
Ein wönnevolles Rauschen
Am Herz der Menschlichkeit,
Das ist ein Frühlingsswehen,
Wie keines traf die Welt,
Das ist ein Auferstehen
Im Freiheitssaatenfeld.

Das ist ein lautes Schlagen
Ans Thor der Sklaverei.
Das ist ein zitternd Jagen
Im Schloß der Tyrannei;
Mit majestätischem Gange,
Im Schilde Licht und Recht,
Zertritt die gold'ne Schlange
Der neuen Zeit Geschlecht.

Da hebt sich jauchzend Rufen
Vom Süden bis zum Nord,
Auf allen Tempelstufen
Der Menschheit schallt ein Wort:
„Acht Stunden allen dienen!
Acht Stunden täglich frei!“
Das ist der Arbeitsbienen
Eidschwur am ersten Mai.

O trage, meine Muße,
Den Schwur zum letzten Stern,
Und auf beschwingtem Fuße
Der Zukunft künde fern:
„Viel Großes ward geboren
Aus dunkler Armuth Schooß,
Doch nie hat sie erkoren
Ein solch gewaltig Loos.“

O Tag des ersten Maien!
Du großer Weltentag!
Du fest der Zukunftsfreien!
Der Menschheit Herzensschlag;
Ich preise deine Hehrel
Ich sänge deinen Ruhm!
Weit über Land und Meere
Ersteht dein Heiligthum.

*) Aus „Kampfgewühl und Einsamkeit“, Gedichte von Robert Seidel.

Die bevorstehende General-Versammlung des Verbandes.

Die General-Versammlung unseres Verbandes möchte den Statuten gemäß im Oktober d. J. stattfinden.

Der Verbands-Vorstand und der Ausschuß ist denn auch bereits dieser Frage näher getreten und unterbreiten hierdurch den Mitgliedern den Vorschlag, die General-Versammlung bis Oktober 1900 zu vertagen. Folgende Gründe haben die genannten Körperschaften veranlaßt, diese Vorschläge zu machen:

Im Oktober wird das Staatsfest der General-Versammlung wohl überhaupt unmöglich sein. Dieser Monat hat keine Feiertage aufzuweisen. Viele gewählten Delegirten würden, da sie keinen Urlaub erhalten, nicht anreisen können und somit die Tagung der General-Versammlung in Frage stellen. In Berlin würde man wahrscheinlich, dem jetzigen Verhalten der einzelnen Ressorts nach zu schließen, den Urlaub verweigern. Daher werden wir unsere General-Versammlungen wahrscheinlich nur an Feiertagen abhalten können, da dann zum Theil die Betriebe ruhen und auch leichter Urlaub zu erhalten ist. Die nächsten Feiertage sind nun Weihnachten. An diesem Fest will jedoch Jeder im Kreise seiner Familie zubringen und nicht auf Reisen gehen. Deshalb finden zu Weihnachten auch fast nie

General-Versammlungen oder Kongresse statt. Die geeignetste Zeit ist unbedingt Ostern. — Doch auch finanzielle Gründe haben den Verbands-Vorstand und Ausschuß bestimmt, den Vorschlag auf Vertagung zu machen. — General-Versammlungen kosten viel Geld. — Würde unsere General-Versammlung im Oktober stattfinden, so ging das gesammte der Hauptkasse zur Verfügung stehende Kapital drauf.

Der heutigen Verbandsstärke entsprechend würden 17 Delegirte zu wählen sein. Die Delegirten müssen in Gasthäusern logiren. Unter 1,50 Mk. ist in der Regel kein sauberes Bett hier zu haben. Sie müssen Koffer, Frühstück, Mittag u. im Gasthause einnehmen. Alles ist hier bedeutend theurer als zu Hause. Das Minimum der täglichen Diäten würde wohl 6 Mk. betragen. Die letzte General-Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes gewährte ihren Delegirten 9 Mk.! Dann kommt der Arbeitsverlust hinzu, den einzelne Delegirten durch weite Reisen zu verzeichnen haben, welchen man ihnen entschädigen muß. Die Delegirten würden 3-5 Tage unterwegs sein, sodas allein an Diäten und verloren gegangenen Arbeitsverdienst 450 bis 500 Mk. zu zahlen sind. Dann kommen die Fahrgebelde hinzu. Aus allen Ecken und Enden finden sich die Delegirten zusammen. Mindestens 350-400 Mk. wären an Fahrgebelde zu bezahlen. Die General-Versammlung würde also einen Kassenaufwand von 800-900 Mk. verursachen.

Nach der letzten Abrechnung hatte die Hauptkasse einen Bestand von 1746.44 Mk. In diesem Quartal verringert sich jedoch erheblich der Bestand, da außergewöhnliche Ausgaben bevorstehen. Neue Statuten, verschiedene Sorten Marken sind anzuschaffen, der Gewerkschaftskongress ist zu besuchen und die Agitationstour findet statt. 500 Mk gehen hierfür insgesammt drauf. Dann kommt hinzu, daß der Verbands-Vorstand bei der gegenwärtigen Größe des Verbandes ein Betriebskapital von 1100 Mk. nötig hat. Der Verbands-Vorstand liefert z. B. den Filialen am 22. April die „Gewerkschaft“ x, erhält aber das Geld von den Filialen frühestens am Anfang Juli. Der Verbands-Vorstand muß aber seine Gläubiger befriedigen und sofort zahlen. 1 Quartal hat er die Ausgaben voraus zu machen. In der ersten Zeit des Bestehens unseres Verbandes haben ihm mitleidige Seelen Geld geborgt. Heute würden wir solches schwerlich erhalten und können wir unmöglich Schulden machen.

Wenn also die General-Versammlung im Oktober stattfinden soll, so würde die Hauptkasse ohne einen Pfennig Geld dastehen und noch Schulden machen müssen. Einen solchen Zustand aber herbeiführen, wäre leichtsinnig von uns gehandelt. Ist es doch nicht ausgeschlossen, daß hier und da ernste Konflikte, Maßregelungen, Ausstände x. ausbrechen. Sollen wir dann zu jenen Verbandskollegen, die hiervon betroffen werden, sagen: „Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind“?

Wenn unsere Gegner — die meisten verfolgen unsere Bewegung sehr genau und sind auf „Die Gewerkschaft“ aborniert — sehen, daß wir finanziell leistungsunfähig dastehen, dann schwillt ihnen auch wieder der Kamm! In Berlin z. B. liegen wir in fortwährende Differenzen mit der Stadt; auf alle mögliche Art und Weise sucht man uns tot zu machen. Ernste Konflikte sind eher wahrscheinlich als nicht wahrhaftig. Da dürfen wir also nicht so unsinnig handeln und durch eine General-Versammlung unser ganzes Geld verpulvern. Hält unser Verband sich nur auf seiner gegenwärtigen Höhe, so haben wir bis Ostern nächsten Jahres das Geld zusammen, das die General-Versammlung kostet. Soll die General-Versammlung Oktober stattfinden, dann würde der Vorstand Extrasteuern aus schreiben müssen, um hierdurch die nötigen Gelder aufzubringen. Dagegen aber sträubt sich die Mehrzahl der Mitglieder. Da auch Fragen, von denen die Existenz des Verbandes abhängt, nicht vorliegen, so können wir, ohne Schaden zu leiden, unsere General-Versammlung bis Ostern nächsten Jahres vertagen.

Der Verbands-Vorstand.

Das neue Statut.

Die Statuten-Vorlage, die der Verbands-Vorstand den Filialen zur Urabstimmung unterbreitet hat, ist angenommen worden.

An der Urabstimmung beteiligten sich folgende Filialen und wurde dabei die angegebene Stimmenzahl „Für“ und „Gegen“ abgegeben.

	Für	Gegen
Berlin II.	51	2
„ III.	32	1
„ IV.	14	—
„ V.	30	2
„ VII.	32	1
Röntigsberg t. Pr.	—	42
Lichtenberg	14	—
Mainz	10	30
Summa 183	78	

Mehrere Filialen beteiligten sich an der Urabstimmung gar nicht. Haben und auch einige derselben mitgeteilt, daß unter ihren Mitgliedern ein vollständiges Einverständnis betreffs des unterbreiteten Entwurfs herrscht, so ist es doch unbedingt besser, wenn eine Abstimmung bei solchen Angelegenheiten in allen Filialen herbeigeführt wird. Man könnte sonst zu der Annahme gelangen, daß ein großer Teil der Mitglieder der zu entscheidenden Frage vollständig indifferent gegenüber steht.

Die angenommene Vorlage bedeutet unbedingt einen Fortschritt gegen die bisher herrschenden Statuten. Dieselben waren nicht nur in einzelnen Punkten unklar, sondern durch die vorgenommenen Änderungen haben sie zu vielen Mißverständnissen und Streitigkeiten Veranlassung. Das Eingehen einzelner Filialen ist sogar hierauf zurückzuführen. Deshalb wurde auch wiederholt an den Verbands-Vorstand das Ersuchen gestellt, neue Statuten auszuarbeiten und sie den Mitgliedern zur Ab-

stimmung zu unterbreiten. Der Verbands-Vorstand kam diesem Ersuchen erst nach, als er vor die Frage gestellt wurde, das alte, mangelhafte Statut von Neuem anfertigen zu lassen. Daß natürlich auch mit dem neuen Statut nicht die Wünsche aller Mitglieder befriedigt sind, ist nur zu begreiflich. Es herrschen eben über einzelne Punkte verschiedene Anschauungen, weshalb die Schaffung eines Statutes, das die Wünsche Aller entspricht, nicht möglich ist. Die Minderheit muß sich aber der Mehrheit fügen. Außerdem haben die einzelnen Filialen nach dem neuen Statut die weitgehendste Selbstverwaltung. Dann aber besitzen sie das Recht, jederzeit eine Urabstimmung zu beantragen. Da zeigt es sich stets, wie die Mehrheit denkt. — Das neue Statut tritt mit dem 15. April in Kraft. Die neuen Mitgliedskarten und Statuten gehen den Filialen in den nächsten Tagen zu. Die Vorstände haben dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied seine Karte und Statut bekommt. Die alten Statutenbücher bleiben Eigentum der Mitglieder. Da für die Filialen nur die „Laufende Nummer“ einen Zwischenschritt hat, so kann — muß aber nicht — die alte „Laufende Nummer“ auf die neue Mitgliedskarte übertragen werden. Die Mitgliedskarten und Statuten sind natürlich den Mitgliedern „kostenlos“ auszustellen. Die Hauptnummern, die auf die Mitgliedskarten gedruckt sind, dürfen nicht geändert werden. Sie sind nur für den Verbands-Vorstand da; für die Filialen dagegen die „Laufenden Nummern“, die sie selbst zu bestimmen haben.

Die Änderungen, welche die neuen Statuten im Verbands-Vorstand zur Folge hatten, sind aus „Bekanntmachung des Verbands-Vorstandes“ zu ersehen.

Der Verbands-Vorstand wird ferner „Extrasteuer-Marken“ für 5 und 10 Pf. anschaffen. Die Filialen, welche Extrasteuern erheben, können zum Selbstkostenpreis solche von denselben beziehen. Das Hundert Marken wird sich ungefähr auf 6 Pf. stellen.

Der Verbands-Vorstand.

Berliner Rädtische Sozialpolitik.

Dem „Vorwärts“ wird geschrieben:

Bis jetzt ist in den Betrieben der rädtischen Kanalisation keine Arbeitsordnung. Die Leitung vertrat bis vor Kurzem den Standpunkt, daß für sie die in Betracht kommenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung nicht zutreffen, weil die Kanalisationsbetriebe kein gewerbliches Unternehmen, sondern eine gemeinnützige Einrichtung seien. Da nun aber die Kanalisations-Arbeiter nicht einsehen konnten, warum sie in einem gemeinnützigen Unternehmen schlechter und schutzloser gestellt sein sollten, als in einem gewerblichen Betriebe, so forderten sie in dem vergangenen Jahre von ihrer „vorgesetzten Behörde“ die Einführung einer Arbeitsordnung. Diese Forderung wurde jedoch mit der Begründung abgewiesen, daß die Verschleidenartigkeit des Betriebes eine Arbeitsordnung unmöglich zulasse. Als darauf in der Presse nachgewiesen wurde, wie unbillig diese Ansicht ist, ging man denn wirklich daran, eine Arbeitsordnung auszuarbeiten. Sie ist dieser Tage den Arbeitern unterbreitet worden.

Nun müßte man eigentlich annehmen, daß die Arbeitsordnung eines rädtischen und gemeinnützigen Unternehmens auch Bestimmungen enthalte, die den Privatbetrieben in jeder Beziehung als Muster dienen könnten. Leider aber bringt die Arbeitsordnung des rädtischen Unternehmens für die Arbeiter sogar erhebliche Verschlechterungen des gegenwärtigen Zustandes mit sich.

Während bisher dem größten Teil der Arbeiter eine acht- resp. vierzehntägige Kündigungsfrist eingeräumt wurde, ist diese Festsetzung zukünftig für alle Arbeiter aufgehoben. Wenn in einem Unternehmen, dessen Betriebsgröße bedeutenden Schwankungen unterliegt, die Kündigungsfrist ausgeschlossen wird, dann ist das begründlich. In den Kanalisationswerken giebt es jedoch derartige Schwankungen gar nicht; das Arbeitsverhältnis ist hier durchaus ständiger Natur. Von 138 Arbeitern waren z. B. nach einer im vergangenen Jahre aufgestellten Statistik nur 83 unter 3 Jahren, die übrigen 105 dagegen bis zu 21 Jahren bei der rädtischen Kanalisation beschäftigt. Wenn man jetzt die Kündigungsfrist gänzlich beseitigen will, so müssen dabei von ihren Verfassern, den Herren Direktoren Adams und Jechner, wohl bestimmte Zweck verfolgt werden. Wohl nicht um Unrecht nehmen die Arbeiter an, daß die Direktoren nur eine Handhabe besitzen wollen, um die „unzufriedenen Elemente“, welche ihnen in letzterer Zeit viel zu schaffen gemacht haben, sofort hinauswerfen zu können.

Auch die Bestimmungen über die Arbeitszeit lassen nicht nur viel zu wünschen übrig, sondern sind geradezu beschämend für die Kommune Berlin. Nach den Anordnungen müssen zum Beispiel die Kanalarbeiter innerhalb einer 14-tägigen Lohnzahlungs-Periode dreimal je 20 Stunden innerhalb eines Tages arbeiten. Die Arbeitszeit beginnt dann um 6 Uhr Morgens und dauert bis 5 Uhr Nachmittags. Hierauf tritt eine vierstündige Ruhepause ein, die auf Anordnung unserer Beamten um eine Stunde verlängert werden kann. Die Arbeit beginnt also um 9 Uhr Abends desselben Tages von Neuem und währt bis zum folgenden Tage 6 Uhr Morgens. In Paris hat man kürzlich für die Kanalarbeiter den Achtstundentag eingeführt, ihre Kollegen in Berlin arbeiten oft 20 Stunden! Den Heizern ist ferner nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung während einer 12stündigen Nacharbeit keine einzige Pause eingeräumt. Ueber die Sonntagsruhe enthält die Arbeitsordnung überhaupt keine Bestimmungen. In häuslichen Betrieben scheint eine solche wohl nicht notwendig zu sein? In Krankheitsfällen verlangt man „sofortige“ Meldung, erfolgt diese nicht, so wird der Kranke als entlassen betrachtet. Ueber Beschwerden heißt es, daß die Arbeiter solche nur bei ihren „nächsten“ Vorgesetzten anbringen dürfen. Demnach würde der Arbeiter, der sich über den Aufseher beschweren will, die Beschwerde bei demselben Aufseher anbringen müssen. So wenigstens wird diese Bestimmung von den Arbeitern aufgefaßt; sollte diese Auffassung falsch sein, so ist eine klarere Fassung des betreffenden Paragraphen am Plage. — Von einem Arbeiterausschuß enthält die Arbeitsordnung kein Wort. Ferner weist dies kapitalistische Meisterwerk über Schadenersatz, Beiratsungen u. noch eine Reihe rigoroser und ungerechter Bestimmungen auf, deren nähere Erläuterung zu weit führen würde. — Die Arbeiter haben daher gleichlautende Schreiben an die Betriebsinspektoren gerichtet, in denen sie ihre Einwände gegen die unterbreitete Arbeitsordnung erheben und erklären, sie in der vorgelegten Fassung nicht anerkennen zu können.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Fiebig, Berlin S., Nebanstr. 34.** Geschäftsführender Sekretär: **Dr. Voersch, Berlin W. 31, Siebtilfsstr. 49.** Verbandskassierer: **H. Pöschke, Berlin N. 58, Ereschowsstr. 48.**

Alle Aufschritte in Verbandsangelegenheiten sind nur an Voersch, alle Geldsendungen für den Verband (für die Zeitung an Voersch) nur an Pöschke zu richten.

Unter Bedauern müßten wir über die Art und Weise aussprechen, wie einzelne Revisoren der Zitate ihr Amt ausfüllen. So wurde uns vor wenigen Tagen eine Abrechnung zugeandt, die an 5 Rechenfehler und im Kassenbestand eine Differenz von 30 Mk. aufwies. Die Revisoren hatten die Richtigkeit (!) der Abrechnung bestätigt. Wie so etwas überhaupt vorkommen kann, ist uns geradezu unbegreiflich. Die Revisoren haben sich beim Kassenabschluss zunächst die vorhergegangene Abrechnung vorlegen zu lassen, um festzustellen, welcher Kassenbestand bei der letzten Abrechnung vorhanden war. Sie müssen ferner die Einnahmen und Ausgaben unter Vorzeigung der Belege genau prüfen. Weiter haben sie sich den Marken- und baaren Kassenbestand vorlegen zu lassen. Revisoren, die nur ihren Namen unter die vom Kassierer ausgebreitete Abrechnung setzen und keine genaue Prüfung vornehmen, verletzen in der größten Weise das Vertrauen, welches ihre Kollegen ihnen geschenkt haben. Wir werden zukünftig nicht zögern, jene Revisoren hier öffentlich bekannt zu geben, die ihr Amt in einer unverantwortlichen Weise ausüben. —

Bei der Hauptkasse liegen folgende Gelder ein: Berlin III 79, —, Mainz 145,12, Römigsberg 70,90, Berlin IV 47,50, Charlottenburg 10,10, Uchtenberg 40,18, Berlin II 105,75, Berlin VIII 29,15, Tegel 57,03, Schmarandorf 23,95, Magdeburg 92,50, Berlin V 59,40, Mannh. in II 35,72, Berlin VII 186,75, Berlin VI 228,22, Ludwigshafen 19,60, Mannheim I 7,72 Mk.

Für den Verbands-Vorstand
Dr. Voersch.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 11. d. M. fand eine gut besuchte Versammlung der Zitate VII (Schlach- und Viehbof) statt, dieselbe beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der Kranken-Unterstützung von 3 auf 8 Mk. nach 26 wöchentlicher Mitgliedschaft. Es wurde be-

schlossen, das Krankengeld auf 8 Mk. zu belassen, bis sich unsere finanzielle Lage der Kasse gebessert hat. Von einer Extra-Steuer wollte keiner etwas wissen. Außerdem wurde es bemängelt, daß die Mitglieder sich immer erst so spät nach der Erkrankung beim Kassierer wegen des Krankengeldes melden.

Magdeburg. In der letzten Mitglieder-Versammlung referierte Genosse Bartels über „Sklaventhum in alter und neuer Zeit“. Seine Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Im 2. Punkt der Tagesordnung theilt Kollege Kubitz mit, daß der Direktor der Gaswerke versprochen habe, den 24 stündigen Schichtwechsel abzuschaffen und ein Dreischichtsystem einzuführen. Ein erkranktes Mitglied erhält 10 Mk. bewilligt.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftskongresse der Oberw. U. jährlich zu Ditzern halten viele Gewerkschaftsorganisationen ihre Kongresse und General-Versammlungen ab. So war es auch in diesem Jahr. Während nun in früherer Zeit oft viel unnütz Zeug auf Kongressen und General-Versammlungen gedrosen wurde, muß jetzt erfreulicherweise konstatiert werden, daß immer mehr die praktische Arbeit um sich greift. Die stattgefundenen Zusammenkünfte zeigten im ganzen ein Bild regen Schaffens und Wirkens der Gewerkschaftsbewegung. Zuwachs in der Mitgliederzahl, Stärkung im Kampf gegen das Unternehmertum, Ausbau des Unterstützungswesens und gebesserte finanzielle Grundlage. — Diese erfreulichen Thatfachen treten uns aus allen Berichten entgegen. Und so ist auf den zahlreichen Arbeiterparlamenten rühmlich an dem Werke weiter gearbeitet worden, das für die Arbeiterklasse eine Stätte des Schutzes und der Fürsorge bedeutet.

Die Verhandlungen auf dem Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter, der in Halle a. S. tagte, dürften wohl die größere Bedeutung beanspruchen. Das allgemeine Interesse wird erweckt, sobald die praktischen Vertreter dieses Berufes die Ursachen der gräßlichen Katastrophen in ihren Betrieben schildern und Vorschläge machen, wie diesen Gefahren zu begegnen ist. Es gestaltete sich der Kongreß zu einem Anklagetricunal gegen die Leichtfertigkeit, mit der heute der Bergwerksbetrieb geleitet wird und das Leben von Tausenden fleißigen Arbeitern gefährdet wird. Mit gutem Recht verlangen die Bergleute, daß eine scharfe Kontrolle der Betriebe mit Hinzuziehung geeigneter Vertreter aus ihren Reihen ausgedehnt werde.

Die Presse der Unternehmer empfindet wohl die Wucht der Anklagen des Kongresses. Das Organ der Grubentinteressenten, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, richtet darum seinen seltigen Haß gegen die Einberufer des Kongresses und glaubt diese und den Kongreß in Mißkredit zu bringen, wenn es behauptet, daß es sich hier um eine sozialdemokratische Veranstaltung handele.

Billigen wird man es nur können, wenn der Bergarbeiter-Kongreß die Absicht bekundet hat, rechtlichen und parteipolitischen Streitfragen, die im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier eine so große Rolle spielen, aus dem Wege zu geben.

Die General-Versammlung der Bergarbeiter erhöhte die Beiträge um 10 Pf. und beschloß eine Sterbefasse einzuführen, um die große Fluktuation im Mitgliederbestand zu sichern. Außerdem beschloß man weiter die Anstellung von Bezirksvertrauensleuten und Sekretären für verschiedene Bezirke.

Der große Verband der Metallarbeiter that einen bedeutungsvollen Schritt zum Ausbau seines Unterstützungswesens. Man führte die Arbeitlosen-Unterstützung ein.

Wir begrüßen dieses Resultat, das zweifelsohne dazu beitragen wird, die Organisation der Metallarbeiter innerlich zu festigen und ihr eine gewisse Stetigkeit in der ferneren Entwicklung zu verleihen. Hoffentlich verfallen die Gegner der Arbeitlosen-Unterstützung nicht in den Fehler, nunmehr gegen die Beschlüsse des Kongresses aufzutreten oder gar die „Versimpfung“ des Verbandes darin zu erblicken und demgemäß Verunruhigung in die Mitgliederkreise zu verpflanzen.

Die Handels-Giltsarbeiter verwandten in ihren Beratungen sehr viel Zeit, um Differenzen zwischen Lokal- und Zentralorganisation zu schlichten. Um so bedauerlicher ist es, daß eine Einigung nicht zu stande kam, die an der Halsstarrigkeit der Lokallisten scheiterte. —

Ferner tagten in Deutschland noch die Formier, Konditoren und Pfifferkücher, Lederarbeiter und Lagerhalter.

Einen bedeutungsvollen Beschluß hat der Kongreß des Schweizer Arbeiterbundes, der in Luzern tagte, gefaßt. Vom Arbeitersekretär Grenlich war schon vor dem Kongreß ein Zusammenschluß aller Gewerkschaften in einem Gewerkschaftsbund empfohlen und weiter die Beseitigung politischer

und religiöser Streitfragen aus den Gewerkschaften gefordert. Gegen eine geringe Opposition stimmte der Arbeitertag dem zu und es ist sehr beachtenswert, daß sich der Vertreter der katholischen Vereine zustimmend zu dem Beschluß äußerte.

Erwähnen müssen wir ferner noch den Kongreß der deutschen Bauarbeiter, der wie auch die General-Versammlungen des Maurer- und Zimmerer-Verbandes, kurz vor Ostern in Berlin tagte. Dieser Kongreß beschäftigte sich namentlich mit der Frage des Bauarbeiterschutzes.

Litterarisches.

Das Arbeiter-Sekretariat von Heinrich Kauffmann. Die Bewegung zur Gründung von Arbeiter-Sekretariaten bringt in immer weiterer Kreise der organisierten Arbeiterschaft. Da noch an vielen Orten eine große Unkenntnis über die für die Arbeiterbewegung so wertvolle Einrichtung vorhanden ist und außer den Arbeiter-Sekretariatsberichten eine einschlägige Litteratur nicht besteht, so fügt die neue Broschüre jedenfalls eine Lücke aus und wird allen, die sich für die Fragen der Arbeiter-Sekretariate interessieren, hochwillkommen sein.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß auch der diesjährige deutsche Gewerkschafts-Kongreß das Arbeiter-Sekretariat auf seine Tagesordnung gesetzt hat. Das hübsch ausgestattete Büchlein von 40 Seiten gr. Oktav-Format kostet nur 25 Pfg. Wiederverkäufer erhalten erheblichen Rabatt. Bei gewerkschaftlichem Massenbezug tritt eine sehr bedeutende Preisermäßigung ein. Verlag: Friedrich Meyer, Hamburg-Eilbek, Conventstraße 6.

„Süddeutsche Postillon“, Verlag: M. Ernst, München. Wir können dieses alle 14 Tage erscheinende Wochblatt unseren Lesern nur empfehlen. Wer unsere heutigen politischen und sozialen Verhältnisse in humoristischer und satirischer Weise beleuchtet sehen will, den wird dieses Blatt stets befriedigen.

„Aus Natur- und Geisteswelt“, Verlag: B. G. Teubner, Leipzig. Dieses Unternehmen will in gemeinverständlicher Darstellung bestimmte Wissenszweige behandeln. Wir müssen gestehen, daß dieses in den bisher erschienenen Bänden vollständig gelungen ist. Mit großer Befriedigung über die leichtverständliche Darstellungsweise haben wir jedes Bändchen aus der Hand gelegt. Das erste über „Acht Vorträge aus der Gesundheitslehre“ besprechen wir schon feinerzeit. Das zweite Bändchen über „Soziale Bewegungen und Theorien“ können wir unseren Lesern ganz besonders zur Anschaffung empfehlen. Es behandelt in objektiver Weise die bisherigen hauptsächlichsten Interesselämpfe innerhalb der menschlichen Gesellschaft und die verschiedenen nationalökonomischen Theorien. — Auch das dritte Bändchen „Bau und Leben des Tieres“ von Dr. W. Gaede ist sehr lesenswert und lehrreich. Das vierte Bändchen behandelt „Das Schrift- und Buchwesen in alter und neuer Zeit“ von Prof. Dr. D. Weis, Verfasser des bereits in 12000 Exemplaren verbreiteten Buches „Unsere Muttersprache“. Der Verfasser macht uns zunächst mit der Entstehung und Verbreitung der Schrift bekannt und verfolgt durch mehr als vier Jahrhunderte die einschlägigen Erscheinungen, geht hierauf auf das Schreibgerät (Papier, Feder, Tinte etc.) ein, dabei auch die Entwicklung der Stenographie und Telegraphie; berührend, und bespricht dann in interessanten Kapiteln das Druckverfahren im Altertum, den Holztafel-, Typen-, Kupfer-, Stein- und die Buchillustriation, ferner alles was sich über das Briefwesen, die Zeitungen und Zeitschriften, die Anzeigen, den Buchhandel und das Bibliothekswesen sagen läßt. Jedes Bändchen kostet gebunden nur 60 Pf., gebunden nur 1.15 Mk.

Achtung, Charlottenburger Mitglieder!

Die Versammlungen finden jetzt regelmäßig in der Gambrinus-Brauerei (Inhaber G. Beyer), Wallstraße 94, statt. Dasselbe befindet sich auch eine Zählstelle, ebenso bei Priesel, Repptstr.

Achtung, Mitglieder Mannheim II!

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Fachzeitung nur von unserem Total abzuholen ist. Der Vorstand.

Achtung, Berliner Mitglieder!

Die Kollegen Gebauer, Martins, Fronius, Pilge, Sommer und Lebmann-Rixdorf haben bisher mit ihren Votets zu den kombinierten Versammlungen nicht abgeredet. Wir bitten dieses umgehend zu thun.

Das Vergnügungs-Komitee der vereinigten Berliner Filialen.
J. A. W. Dremel, Kammerstr. 10, Suerb. IV.

Achtung, Mitglieder Berlin III!

(Wasserwerks-Arbeiter.)

Der Kassier Kollege W. Wegner wohnt Belfortstr. 10.
Der Vorstand.

Achtung! Mitglieder Berlin V.

(Markthallen-Arbeiter.)

Der Vorsitzende Kollege Persöly wohnt jetzt Rottbuser Ufer 60, 2. Hof IV.

Der Vorstand.

Achtung, Mitglieder Berlin VII!

(Schlachthof- und Viehhof-Arbeiter.)

Der Kassier Kollege Worm wohnt Hagarstraße 16. Die erkrankten Mitglieder haben sich daselbst sofort als krank zu melden.
Der Vorstand.

Achtung, Magdeburger Mitglieder!

Donnerstag, den 27. April findet in der „Krone“, Molkenstraße, Alte-Neustadt, Abends 8 Uhr, eine Mitglieder-Versammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Zur Aufnahme neuer Mitglieder sind bereit: Duldhard, Rogauerstr. 68, 7. Kubke, Wasserlunstr. 29, Hof part., O. Jöjter, Galenstr. 4, J. Weber, Endelstr. 25 und R. Kluth, Rogauerstr. 20.
Der Vorstand.

Anzeigen.

Wir bitten unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche in unserem Blatt inserieren, bei ihren Einkäufen, Besuchen etc. ganz besonders berücksichtigen zu wollen.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Merkulos** tragen. Gefügt. Schütz angem. Allein. Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Riemenlöcher u. Kappnähte. Zeile Leder-Pilot-Taschen, die Hose 4 Mk. 50 (bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.)
Echt indigoblaue Jacket für Maschinisten, Monteurs etc. 1 Mk. 90
Echt indigoblaue Hose dito 1 Mk. 50
Prima Manchester-Hose 5 Mk. 50
Gefüttertes Manchester-Jacket 13. — 10. —
Maler-Mittel in Feinen-Art 2 Mk. 25
Mechaniker-Mittel (braun) 2 Mk. 40
Weißes Leder-Jacket, gefüttert, zweireihig 7 Mk. 50
Weißes Leder-Hose, Prima Waare 3 Mk. 75

Baer Sohn

En gros Export. En détail.

Berlin SO., Frühenstr. 11. Berlin N., Chausseestr. 21a.
Gr. Frankfurterstr. 16.

Die 13. Preisliste über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franko verschickt.

Versandt von 2 Mk. an franko. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- und Bundweite und Schlittlänge.

Verantw. Redakteur: Dr. Boersch, Berlin, Wiedischstraße 49.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin S., Coustjen-Ufer 11.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 8.

Berlin, 22. April 1899.

3. Jahrg.

Achtung!

Die Geschäftsstelle der „Gewerkschaft“ sowie des Verbandes befindet sich jetzt:

Berlin W. 30, Gleditschstraße 49.

Achtung!

Notizen zc., welche in die nächste Nummer der „Gewerkschaft“ hinein sollen, müssen in Folge der Reise des Redakteurs zum Gewerkschafts-Kongress zc. bis spätestens am 1. Mai in Berlin sein. Auch nach Stuttgart. Adresse: Hr. Poersch, Hauptpostlagernd, können bis zum 2. Mai Notizen zc. gesandt werden.

Die Redaktion.

Arbeiter-Sekretariate.

A. F. Mit Einführung der Sozialgesetze, nach Erlaß der Arbeiterschutzbestimmungen, machte sich in der Arbeiterklasse allerorts das Bedürfnis fühlbar, mit den einschlägigen Gesetzesbestimmungen bekannt zu werden. Dieser Notwendigkeit verdankt wir eine umfangreiche Litteratur über alle einschlägigen Gesetze, abgesehen von den zahllosen Erörterungen in der Presse und den Vorträgen, welche in Versammlungen und Vereinen diesem Thema gewidmet wurden. Presse und Redner legen das Aufklärungswort fort. Jede wichtige Entscheidung, welche bezüglich der Sozialgesetze erlassen wird, gelangt in der Arbeiterpresse zur Besprechung, wird durch mündliche Vorträge erläutert. Dennoch herrscht über die Sozialgesetze auch noch bei den Arbeitern große Unkenntnis. Die Zahl der Arbeiter, welche einer Organisation angehören und in Folge dessen Gelegenheit haben, sich mit den einschlägigen Gesetzesbestimmungen vertraut zu machen, ist eine sehr kleine; jene Presseorgane, welche vorzugsweise die Arbeiterinteressen wahrnehmen, besitzen lange nicht die gewünschte Verbreitung. So kommt es, daß die meisten Arbeiter sich nicht zu helfen wissen, wenn sie eines oder das andere der Gesetze in Anspruch nehmen müssen und häufig zu kurz kommen.

In einer — leider noch sehr kleinen Anzahl von Industriestädten Deutschlands hat man diesem Uebelstand durch Errichtung von Arbeiter-Sekretariaten abzuhelfen versucht, und mit welchem Erfolge dies geschehen kann, beweist wohl am besten das trefflich geleitete Arbeiter-Sekretariat in Nürnberg, das als das erste in Deutschland während seines ca. 4jährigen Bestehens eine Fülle praktischer Arbeit und nützlicher Wirksamkeit geleistet und den hohen Werth solcher Institute dargethan hat.

Wie die bisher erschienenen Jahresberichte des genannten Sekretariats erweisen, können derartige Institute nicht nur als Auskunftsstelle in den elementaren Fragen, die den Arbeiter angehen und wofür diese Einrichtungen allerdings in erster Linie geschaffen und weiter zu schaffen sind, dienen, sondern sie können, richtige Organisation und sachverständige Leitung vorausgesetzt, einen viel weiteren Tätigkeitsbereich umfassen und lassen sich zu einem wahren Volksanwalt ausgestalten. Nehmen wir einige Ziffern der Nürnberger Berichte.

Die Personenzahl war die folgende: Vom 1. November 1894 bis 1. Oktober 1895 haben 6889 Personen das Sekretariat beschäftigt, das ist eine Tagesfrequenz von 22 Personen. Im folgenden Geschäftsjahre 1895/96 hatten 8411 Personen (28 Tagesfrequenz) das Sekretariat auf. Das dritte Geschäftsjahr erstreckte sich, da man Geschäfts- und Kalenderjahr künftig zusammenfallen läßt, auf 14 Monate (1. November 1896 bis 31. Dezember 1897). Die Frequenz betrug in den letzten beiden Monaten in 1896 1491 Personen, im Jahre 1897 11610, zusammen also im Geschäftsjahre 13101 Personen, was einer durchschnittlichen Tagesfrequenz von 37 gleichkommt. Die Ziffern des letzten Geschäftsjahres liegen zur Stunde offiziell noch nicht vor, doch kann so viel gesagt werden, daß auch im letztabgelaufenen Geschäftsjahre das Institut wieder große Fortschritte zu verzeichnen hat.

Interessant ist es, dem Betreff der gewünschten Auskünfte nachzuforschen. Wir finden da (1896/97): Unfallsachen 2267, Arbeitsdifferenzen 1330, Heimathberwerb 1125, Mietdifferenzen 975, Schuldborderung 535 Alimentation 426 Krankenversicherung 365, Alters- und Invalidenrente 358, verschiedene Strafsachen 293, Vertragsdifferenzen 218, Verleibigung 215, Dienstbotendifferenzen 208, Rückerstattung der Beiträge aus der Alters- und Invaliditätsversicherung 194, Kuratsachen 189, Gerichtskosten 104, Arbeiterkass 99, Wahlrecht 73, Anwaltsgebühren 49, Baudifferenzen 29, Verbreitung von Drucksachen 12, Sachbeschädigung 9, Hausfriedensbruch 7, Patentverletzung 4, Todeserklärung 3, Umlagezahlung 3, Stollgebühren 3, Beschlagnahmen 2, Hundsteuer 2, Zeugniszwang 1, Gründung 1, Ablegung eines Bürgermeisters 1, u. s. w.

Diese Zahlen und der Sachbetreff der geforderten und erteilten Auskünfte geben also unserer oben ausgesprochenen Anschauung über den Bereich und die Wirksamkeit der Arbeiter-Sekretariate vollkommen Recht. Freilich muß man sich auch hier vor einem „Zwiel“ weise Beschränkung auflegen. Es besteht, wie die Erfahrung gezeigt hat, bei Vielen den Rath eines Arbeiter-Sekretariats nachsuchenden die Meinung, ein solches Institut müsse sich mit allen dem Einzelnen widerstehenden Differenzen und Streitigkeiten in der ausgiebigsten Weise befassen. In dieser Auffassung liegt eine doppelte Gefahr für die Wirksamkeit und gesunde Entwicklung der Sekretariate, indem einmal mit Ausrichtung solcher privater Händel und Prozeßangelegenheiten ein großer Theil der Zeit für die eigentlichen Aufgaben des Instituts verloren geht und zum andern das letztere auf das Niveau einer gewöhnlichen Winkeladvokatur herabgedrückt wird, was im Interesse der Aufgaben und des Ansehens desselben entschieden vermieden werden muß.

Einen wichtigen Zweig der Thätigkeit eines Arbeiter-Sekretariats bildet neben der mündlichen oder schriftlichen Auskunftsertheilung zweifellos die Statistik. Dieser Zweig bietet namentlich auch den die Unterhaltung des Instituts in finanzieller Hinsicht pflegenden einzelnen Gewerkschaftsverbänden oder Vereinen einen eminenten direkten Vortheil. Eine einzelne Gewerkschaft ist vielfach aus den verschiedensten Gründen nicht in der Lage, der für ihr Gewerbe sowohl als für die Allgemeinheit so überaus wichtigen Statistik die nöthige Aufmerksamkeit und gebührende Beachtung schenken zu können. Hier findet das Sekretariat ein reiches und dankbares Arbeitsfeld. Und nicht nur Statistik für die einzelnen Gewerkschaften oder für spezifisch gewerkschaftliche Zwecke überhaupt kann und soll das Sekretariat führen und fördern, — ihm bleibt ein viel umfangreicheres Gebiet zur Bearbeitung zu Nutz und Frommen der Arbeiterklasse offen: Wohnungsgesetzen, Lebens- und Bedarfsmittelstatistik, Statistik über die Sterblichkeit in den einzelnen Berufen sowohl als über die Kindersterblichkeit in den arbeitenden Klassen, selbst das Gebiet der Kriminalstatistik kann in geeigneter Weise bearbeitet und für die Zwecke der Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden.

Diese kurzen Andeutungen, die natürlich weit ausführlicher behandelt werden könnten, mögen genügen, zu zeigen, von welcher Wichtigkeit ein solches Institut sein und wie außerordentlich nützlich es wirken kann. Voraussetzung ist freilich die genügende finanzielle und moralische Unterstützung seitens aller in Betracht kommenden Faktoren.

Ein so fundamentales Institut kann aber bei sachverständiger Leitung ein unschätzbares Förderungsmittel der gesamten Gewerkschafts- wie der Arbeiterbewegung überhaupt sein und sollte daher seine Errichtung und Ausbaugang allerorts mit allen Mitteln angestrebt werden.

Aus unserem Fernst.

Die städtischen Arbeiter in Rannstadt. Die gemeindlichen Kollegien in Rannstadt haben ein Statut, betreffend die Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter, und im Anschluß daran ein Statut, betreffend Alters- und Invalidenversicherung, für diese Arbeiter angenommen. Im ersteren Statut ist be-

stimmt, daß die Stunden von 8 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens als Nacharbeit zu entlohnen sind. Rechtswidrige Angabe des Arbeitslohnes wird mit dem dreifachen Betrage des ortsüblichen Tageslohnes geahndet. Sonntagsarbeit wird mit einem Aufschlag von 50 pCt bezahlt. Denjenigen Arbeitern, welche vom Arbeitsplatz: einzeln wohnen, soll gestattet sein, bereits 10 Minuten vor 12 Uhr die Arbeit einzustellen, um rechtzeitig um 1 Uhr wieder zur Stelle sein zu können. Den Lohnarbeitern, welche wegen zu großer Entfernung ihrer Wohnung überhaupt nicht zum Mittagessen gehen können, ist schon seit einiger Zeit 30 Pf. Vergütung gewährt worden. Dies soll auch für die Zukunft beibehalten werden. Denjenigen Arbeitern, welche hieron keinen Gebrauch machen wollen, soll gestattet sein, ihre Mittagspause von 12 bis 1 1/4 Uhr auszudehnen. In Bezug auf Alter und Invalidität wird bestimmt: Jeder städtische Arbeiter, welcher mindestens 30 Wochen in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt gestanden hat, erhält bei Eintritt der Invalidität bezw. Erreichung des 70. Lebensjahres zu der reichsgesetzlichen Rente einen städtischen Zuschuß von 50 Mk. Dieser Zuschuß erhöht sich für jede die vorgenannte Wartezeit überschreitende Woche um 10 Pf.

Communale Sozialpolitik in Hamburg. In Hamburg läßt der Senat einen großen Teil der Plasterungsarbeiten in Regie ausführen. Es sind dabei 3-4000 Arbeiter beschäftigt. Trotzdem nun diese Leute ebensoviel leisten müssen, als ihre von Unternehmern beschäftigten Kollegen, so standen und stehen sie doch bisher zu Lohne niedriger als diese. Die Leute wandten sich deshalb mit einer Petition an den Senat, in welcher sie um entsprechende Lohnerhöhung und darum ersuchten, an den Vorabenden der hohen Feiertage um 4 Uhr Feierabend machen zu dürfen, ohne Lohnabzug, wie das bei den Unternehmern auch üblich ist.

Jetzt ist den Petenten der Bescheid zugegangen, daß der Senat die erbetene Lohnerhöhung von 2 Pfennigen pro Stunde abgelehnt, dagegen dem zweiten Antrage zugestimmt hat — aber, die Arbeiter müssen von nun an dafür an jedem anderen Wochentage das ganze Jahr hindurch eine halbe Stunde länger arbeiten als bisher. Das ist die Sozialpolitik des Senats.

Bundschau.

Wenn Berlin repräsentiert, geht selbsterklärend ein tüchtiger Bayern Geld drauf. Gegen eine solche Repräsentation ließe sich trotzdem kaum etwas einwenden, wenn nur nicht die Hauptkosten zu Zwecken einer höfischen Gläubigung verwendet würden, für die, nach allen bekannten Ereignissen der letzten Zeit, keinerlei Veranlassung zu empfinden ist. Im Magistratsverwaltungsberichte ist z. B. verzeichnet der monumentale Schloßbrunnen, auch Fördersbrunnen genannt, weil aus ihm sich der erste kalte Wassertrahl auf das Haupt des Oberbürgermeisters Dr. v. Forckenbeck ergoß. Er kostete allein 315 832 Mk. und 10 Pf. Der Empfang des Königs von Italien veranlagte eine Ausgabe von 175 563 Mk. Die Ausschmückung der Feststraße gelegentlich der Centennarfier (1897) verschlang 160 000 Mk. Das summiert sich. Wie geringfügig nehmen sich da andere Posten aus! Es sind z. B. verzeichnet: 40 000 Mk. zur Beschaffung von Ehrenpreisen für das zehnte deutsche Bundesfest, 26 392 Mk. für einen künstlerische Ausstattung des für Professor Dr. Birchow bestimmten Ehrenbürgerbriefes, sowie zweitens und hauptsächlich für die Beschaffung der Bilanisse der Herren Dr. Birchow und Oberbürgermeister Dr. v. Forckenbeck, 10 300 Mk. zu Prämierungen auf der deutschen landwirtschaftlichen Ausstellung und der Württembergischen Landesausstellung, 5381 Mk. für die Herstellung eines Modells von den Bauausführungen am Mühlendamm behufs Ausstellung beim fünften internationalen Innenschiffahrtkongress zc. Für andere Ausstellungen (Unfallversicherung, Gartenbau, Kunst, Chicago, Petersburg zc.) sind noch nahezu 271000 Mk. und für sonstige Kunstzwecke noch ca. 130 246 Mk. bewilligt worden. Hierzu könnten dann noch gerechnet werden: 1 1/2 Mill. an Beiträgen für Vereine zc., 65 000 Mk. für gemeinnützige Zwecke und 86 000 Mk. für das Württembergische Provinzialmuseum, jedoch — für die Repräsentation im weiteren Sinne — sich eine Summe von etwas über drei Millionen Mark ergeben würde.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes zeigt nach den neuesten Berichten der Arbeitsnachweise-Verwaltungen eine Situation, wie sie bisher noch niemals beobachtet worden ist. Bei den 58 Verwaltungen, welche über den Monat März in der Berliner Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ vergleichbare Daten veröffentlichten, kamen auf 100 offene Stellen diesmal nur 89,8

Arbeitsuchende, d. h. direkter Arbeitermangel! Und wenn auch dieses Verhältnis nur durch die weiblichen Abteilungen in so hohem Grade herbeigeführt wird, so zeigen doch auch die männlichen Abteilungen nur das äußerst knappe Verhältnis von 100,5 Arbeituchenden auf 100 ausgetretene offene Stellen (gegen 114,8 männliche Arbeitsuchende in dem entsprechenden auch schon sehr günstigen Monat des Vorjahres). Die äuserst angespannte Berg- und Hüttenindustrie, die trotz aller gegenteiligen Gerüchte in Deutschland im großen und ganzen sehr lebhaft fortschreitende Bauhätigkeit, die zahlreichen Schneidewerkzeuge im Bekleidungs-gewerbe, sowie die Anforderungen, die die Landwirtschaft an die Arbeitsnachweise stellt, haben dieses Ergebnis gezeitigt.

In den Schmersenskindern der Kesselwörter gehören die Wasserstandsvoerrichtungen und deren mehr oder minder große Betriebsfähigkeit. Das Patent- und technische Bureau von Richard Lüders in Vörlitz theilt uns über einen neuen Wasserstandsanzeiger mit selbstthätig abschließenden Regelventilen folgendes mit: Zur Aufnahme der Regeln sind in den Nahnöpfen nach dem Standglas hin offene, in senkrechter Achse drehbare Hohlzylinder angeordnet, deren der Durchbohrung zum Kessel zugekehrter Boden mit schließartigen Verschlüssen versehen ist, gegen welche die Regel in der gewöhnlichen schrägen Lage des Hohlzylinders zu liegen kommt. Beim Bruch des Glases wird die Regel vor die Oeffnung zum Glasrohr getrieben, während durch Drehung des Hohlzylinders in die senkrechte Lage die Regel wieder von dieser Oeffnung entfernt wird.

Der Organisation der Glasbläserarbeiter in England ist es gelungen, Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die fast nichts zu wünschen übrig lassen. Die Löhne, welche gemeinschaftlich vereinbart werden, stehen um 30 bis 35 Proz. höher als in Deutschland, die Arbeitszeit beträgt 46 bis 53 Stunden, auch ist dafür gesorgt, daß die Arbeiter bei Produktionsrücklagen nicht entlassen zu werden brauchen zc. Das wurmt die Unternehmer in Deutschland, sie liegen vor kurzem Artikel in die Tagespresse lanciren, nach welchem der „Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaft“ den fraglichen Industriezweig vollständig ruiniert habe. Nun weiß aber der Vorwärts nach, daß davon gar keine Rede sein kann, im Gegenteil. Die Zahl der Werkstellen und der Arbeiter sind ebenso wie die Dividenden gestiegen, die Unternehmer haben große Vermögen angesammelt und befinden sich demzufolge ganz wohl. Trotzdem wird fort-gesunkelt werden, das gehört zum Geschäft der berufsmäßigen Deyer im Dienste des Kapitals.

Ver Sammlungs-Anzeiger.

Stalten, die ihre Versammlungen unter dieser Rubrik bekannt geben wollen, müssen dieserhalb Mitteilung an die Redaktion machen. Jede Aenderung ist gleichfalls schriftlich mit-zuteilen.

Berlin. (Gasarbeiter, Anstalt Müllerstr.) Montag, den 24. April, Abends 8 Uhr, Pasewalkerstr. 3.

Berlin II. (Kanalisations-Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Mörschel, Jüdenstraße 35/36, Abends 7 Uhr.

Berlin III. (Wasserwerks-Arbeiter). Den 15. jeden Monats bei Fustke, Grenadierstr. 33, Abends 8 Uhr.

Berlin IV. (Desinfektoren). Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Behrend, Mantuffelstr. 95, Abends 8 1/2 Uhr.

Berlin V. (Marktballen-Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Lange, Dragonerstr. 16, Nachmittags 5 1/2 Uhr.

Berlin VII. (Schlach- und Viehbofs-Arbeiter). Dienstag, nach dem 1. Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 174.

Berlin VIII. (Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes). Mittwoch nach dem 15., Schillingstraße 1.

Charlottenburg. Donnerstag, den 27. April, Abends 8 Uhr, bei Meyer, Wallstraße 96.

Friedrichshagen. Jeden Mittwoch nach dem 20. des Monats im „Häupten Wolfgang“.

Königsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends 7 1/2 Uhr in der Phönixhalle.

Magdeburg. **Mannheim II.** Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 6 1/2 Uhr Abends bei Bögelin, H. 4. 8.

Forstheim. Jeden 1. und 2. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung im „Goldenen Löwen“.

Stuttgart.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Voersch, Berlin, Gleditschstraße 49.
Druck: Rauer & Dimmig, S. Couffon-Platz 11.